

USA: Gericht versetzt unkontrollierter bürokratischer Macht einen schweren Schlag

geschrieben von Chris Frey | 19. Juli 2024

[Bonner Cohen, Ph. D.](#)

Mit der Aufhebung eines 40 Jahre alten Präzedenzfalls, der es nicht gewählten und nicht rechenschaftspflichtigen Bundesbeamten erlaubte, mehrdeutig formulierte Gesetze nach eigenem Gutdünken auszulegen, hat der Oberste Gerichtshof einem Verwaltungsstaat einen Stoß versetzt, der sich daran gewöhnt hatte, die in der Verfassung verankerte Gewaltenteilung mit Füßen zu treten.

Mit dem 6 : 3-Urteil des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache Loper Bright Enterprises gegen Raimondo wurde die so genannte Chevron-Rechtsprechung über Bord geworfen, nach der die Gerichte der Auslegung unklarer Gesetzestexte durch die Bundesbehörden Folge leisten müssen, wenn die Auslegung lediglich „vernünftig“ ist. (Chevron bezieht sich auf das Urteil des Obersten Gerichtshofs von 1984 in der Rechtssache Chevron vs. Natural Resources Defense Council).

Durch die Abtretung einer so weitreichenden Befugnis an die ständige Bürokratie trug die Chevron-Rechtsprechung dazu bei, dass jeder, der mit den politischen Präferenzen der immer mächtigeren Bundesbehörden in Konflikt geraten war, das Nachsehen hatte. Jetzt können Bundesrichter nicht mehr von etablierten Bürokraten abhängig machen, was der Kongress bei der Ausarbeitung eines Gesetzes beabsichtigt hat; diese Entscheidung müssen die Gerichte selbst treffen.

Der Oberste Richter John Roberts, der für die Mehrheit schrieb, merkte an, dass eine Doktrin, die es Bürokraten erlaubt, solche Unterscheidungen zu treffen, „fehlgeleitet ist, weil die Behörden keine besondere Kompetenz bei der Lösung gesetzlicher Zweideutigkeiten haben. Das tun die Gerichte“.

Es stimmt auch, dass Bürokraten in Regulierungsbehörden keine unbeteiligten Parteien sind. Sie mögen zwar gesichtslos sein, aber sie haben ein Interesse daran, die Befugnisse der Behörde auszuweiten, in der sie ihre berufliche Laufbahn verbringen, und es wird ihnen schwer fallen, der Versuchung zu widerstehen, ein Gesetz so auszulegen, dass es der Behörde weitere Befugnisse verleiht. Darüber hinaus sind Personen, die sich für eine Laufbahn in einer Bundesbehörde entscheiden, wahrscheinlich ideologisch prädisponiert, Regeln und Vorschriften zu unterstützen, welche die Hand des Regulierungsstaates stärken.

Richter Clarence Thomas stimmte der Mehrheit zu und fügte hinzu, dass „Chevron dem Richter die Hände bindet und die Judikative daran hindert, die Exekutive zu kontrollieren“.

Richter Neil Gorsuch stellte fest, dass Chevron „uns an einen seltsamen Ort geführt hat. An einen Ort, an dem ... die Waage der Gerechtigkeit systematisch zugunsten der Mächtigsten geneigt ist, an dem sich die rechtlichen Anforderungen mit jeder Wahl ändern können, auch wenn die Gesetze das nicht tun, und an dem die Menschen über ihre Rechte und Pflichten im Unklaren gelassen werden“.

Wie Gorsuch andeutet, sind die realen Folgen einer Doktrin tiefgreifend, die es den Behörden erlaubt, weite Teile des amerikanischen Lebens zu regulieren, ohne dass ihre Autorität kontrolliert wird. Die Washington Legal Foundation und das Independent Women's Law Center haben in einem Amicus-Schreiben, in dem sie ein Ende der Chevron-Defensivität fordern, den Schaden unterstrichen, den die Doktrin in der gesamten Gesellschaft angerichtet hat.

„In letzter Zeit haben die Behörden versucht, das Bundesprogramm für Studentendarlehen umzuschreiben, sie haben versucht, Vermietern die Erhebung von Mieten für ihre Immobilien zu untersagen, und sie haben Arbeitnehmer im ganzen Land gezwungen, sich impfen zu lassen“, heißt es in dem Schreiben. „Jedes Mal hat eine Regulierungsbehörde ihre gesetzlichen Befugnisse weit überschritten, weil sie sich durch Chevron ermutigt fühlte“.

Die Richterin Elena Kagan erkannte den Schlag an, den das Gerichtsurteil dem Regulierungsstaat versetzt hatte, und äußerte in ihrer abweichenden Meinung, die Mehrheit habe eine Regel der „richterlichen Demut“ durch eine der „richterlichen Hybris“ ersetzt.

„Mit einem Schlag gibt sich die Mehrheit heute selbst die alleinige Macht über jede offene Frage – egal wie fachlich oder politisch geprägt – welche die Bedeutung des Regulierungsrechts betrifft“, schrieb sie.

„Das Gericht hat sein eigenes Urteil über die Gesundheit am Arbeitsplatz an die Stelle der Occupational Health and Safety Administration gesetzt; sein eigenes Urteil über den Klimawandel an die Stelle der Environmental Protection Agency; und sein eigenes Urteil über Studentendarlehen an die Stelle des Bildungsministeriums“, fügte Kagan hinzu.

Abgesehen von den schwerwiegenden verfassungsrechtlichen Fragen geht Kagan in ihren Ausführungen von der Annahme aus, dass in den Korridoren der Bundesbehörden die Weisheit des „Fachwissens“ herrscht. Die jüngsten Erfahrungen stellen dies jedoch in Frage. Von der Reaktion der Gesundheitsbehörden auf COVID-19 mit Abriegelungen, Schulschließungen und der Vorschrift, Masken und Impfstoffe zu verwenden, bis hin zu den Klimaregulierungsbehörden, die die Wahl der Haushaltsgeräte und des persönlichen Transports der Menschen bis ins kleinste Detail regeln, verlieren die „Experten“ bei einem Großteil der Öffentlichkeit schnell

an Ansehen.

Das mächtige Gebäude der Chevron-Rechtsprechung wurde von einem kleinen, schleimigen Fisch zu Fall gebracht: dem Hering. Eine vom National Marine Fisheries Service erlassene Vorschrift, nach der kommerzielle Heringsfänger im Nordatlantik bis zu 700 Dollar pro Tag und Schiff für die Überwachung der Heringsfänge zahlen müssen, drohte einen Fischereibetrieb in New Jersey in den Ruin zu treiben. Die Fischer klagten mit der Begründung, die NMFS sei nicht befugt, eine solche Gebühr zu erheben. Diese Befugnis war Chevron Deference. Ein Jahr vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs äußerte Richter Gorsuch seine Meinung zu Chevron: „Zu dieser späten Stunde verdient das ganze Projekt einen Grabstein, den niemand übersehen kann.“

Dieser Grabstein steht jetzt.

This article originally appeared in [DC Journal](#)

Link:

<https://www.cfact.org/2024/07/11/court-deals-body-blow-to-unchecked-bureaucratic-power/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE